

Für die Politik sind zuverlässige Informationen über die subjektiven Meinungen und Wünsche der Bürger von ebenso großer Bedeutung wie die Kenntnis der statistisch gemessenen „objektiven“ Verhältnisse. Auf europäischer Ebene hat das die EU-Kommission bewogen, dem europäischen Städtevergleich „Urban Audit“ eine Befragung zur subjektiven Wahrnehmung der Lebensqualität in den Städten zur Seite zu stellen. Deutsche Städte haben die Gelegenheit genutzt, zum besseren Vergleich eine gemeinsame Parallelerhebung durchzuführen. Über die Ergebnisse wird hier berichtet. Dieses Vorhaben fiel umso leichter, als in der deutschen Städtestatistik die Umfrageforschung bereits eine lange Tradition hat.

Schon in den 70er-Jahren haben einige Städte auf der Suche nach geeigneten „Beteiligungsinstrumenten“ als Kommunikationsmittel zwischen Bürgerschaft und Verwaltung kommunale Bürgerumfragen eingesetzt.

Von dem bereits damals verfolgten Ansatz der integrierten Stadtentwicklung gingen Impulse aus, die das Interesse an der kommunalen Umfrageforschung belebten. Es entwickelte sich der Typ der allgemeinen Mehrthemenumfrage mit gleichlautenden Fragen, die in regelmäßigen Abständen wiederholt wurden.

Interkommunal abgestimmte Befragungskonzepte und -module wurden erarbeitet, so dass sich zusätzliche Auswertungsmöglichkeiten ergaben und Befragungsergebnisse aus verschiedenen Städten verglichen werden konnten. Diese Entwicklung wurde wesentlich von der Arbeitsgemeinschaft „Kommunale Umfrageforschung“ vorangetrieben, die Ende 1985 im damaligen Ausschuss Stadtforschung im Verband Deutscher Städtestatistiker (VDSt) eingerichtet wurde.

„Auf dem Wege zum Stadt- und Regionalvergleich“ – so lautete der Titel eines von dieser Gruppe im Jahr 1986 vorgelegten Fragenkatalogs, mit dem Vergleichbarkeit der Befragungsergebnisse aus unterschiedlichen Städten erreicht werden sollte. Von Anfang an arbeitete auch die damalige Bundesanstalt für Landeskunde und Raumordnung (BfLR), heute BBR, mit. 1986, 1987 und 1988 wurden zum Thema „Regionalisierte Umfrageforschung“ Fachtagungen organisiert, die Umfrageforscher aus verschiedenen Bereichen zueinander führten (universitäre und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, Meinungsforschungsinstitute, Vertreter der amtlichen Statistik). Das besondere Interesse der Kommunalstatistik bestand dabei in der Verknüpfung der kommunalen Umfragen mit bundesweiten Befragungen. So konnten örtliche Befragungsergebnisse sowohl interkommunal, aber auch im Hinblick auf die bundesweiten Erkenntnisse ausgewertet und verglichen werden.

Waren es in den 80er-Jahren etwa 10 Städte, die diese Umfragen in ihren Städten etablierten, so stieg deren Zahl in der zweiten Hälfte der 90er-Jahre auf etwa 80 Städte an. In dieser Zeit erhielten Bürgerbefragungen starke Impulse durch die kommunale Verwaltungsmodernisierung. So wurden Umfragen verstärkt dazu genutzt, Informationen über die Arbeit der Verwaltung aus Sicht der Einwohner zu erhalten. Heute steht vor allem die Zufriedenheit der Bürger mit der städtischen Lebensqualität im Vordergrund der Fragestellungen.

Das Messen der städtischen Lebensqualität haben sich auch die Initiatoren des EU-Projekts „Urban Audit“ zum Ziel gesetzt. Ende der 90er-Jahre hat das Statistische Amt der Europäischen Union, EUROSTAT, im Auftrag der Generaldirektion Regionalpolitik erstmals systematisch und umfassend statistische Daten zur Lebensqualität in europäischen Städten erhoben. 2004 wurde ergänzend zur quantitativen Datensammlung eine Bürgerumfrage in europäischen Städten durchgeführt.

Mit dem Ziel einer eigenen koordinierten Umfrage zur Lebensqualität in deutschen Städten und der damit verbundenen Möglichkeit eines europäischen Städtevergleichs gründeten die deutsche Städtegemeinschaft Urban Audit und der VDSt eine Arbeitsgemeinschaft, um sich 2006/07 an der zweiten Befragungswelle der EU zu beteiligen.

Der vorliegende Bericht dokumentiert ausgewählte Ergebnisse aus dieser Umfrage der deutschen Städte. Dabei ist es erstmalig gelungen, eine durch die Städte selbst finanzierte Bürgerbefragung zeitgleich mit der EU durchzuführen. Durch die Verwendung des EU-Fragenkatalogs werden über den deutschen Städtevergleich hinaus europaweit interkommunale Vergleiche möglich. Mit dem optionalen Zusatzmodul zur Familienfreundlichkeit wurde der Wert für kommunale Analysen nochmals gesteigert. Dies gilt vor allem vor dem Hintergrund von Folgebefragungen. Eine weitere koordinierte Bürgerbefragung wird gegenwärtig in zeitlicher und inhaltlicher Abstimmung mit der EU-Befragung für 2009 in den deutschen Städten geplant.

Die deutsche Städtestatistik kann stolz darauf sein, als einzige in Europa für ihre Städte ein solches Vorhaben verwirklicht zu haben. Dafür sei den beteiligten Stadtforschern und ihren Teams herzlich gedankt. Ein besonderer Dank gilt Ulrike Schönfeld-Nastoll, der Leiterin des Bereichs Statistik und Wahlen der Stadt Oberhausen und VDSt-Beauftragten für kommunale Umfragen. Sie hat nicht nur mit viel Energie die Städteinteressen zusammengeführt und fachlich moderiert. Sie arbeitet auch nachdrücklich daran, dass weitere Kooperationsprojekte folgen und damit die Aussagekraft der Ergebnisse im Zeitvergleich noch gesteigert wird. Wir wünschen uns allen, dass ihr dies auch in Zukunft gelingt.

Frankfurt am Main und Nürnberg, im Februar 2009

Verband Deutscher Städtestatistiker



Rudolf Schulmeyer
Vorsitzender

KOSIS-Gemeinschaft Urban Audit



Klaus Trutzel
Nationaler Koordinator
Urban Audit Deutschland